

29.09.2011, Rede von MdB Roderich Kiesewetter (CDU/CSU) zu TOP 14:

Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE „Eine Europäische Gemeinschaft für die Förderung Erneuerbarer Energien gründen – EURATOM auflösen“
(Drucksache 17/6151)

Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bevor ich auf Einzelheiten des hier zu beratenden Antrags eingehe, möchte ich eine grundlegende Überlegung vorwegstellen: In ihrem Antrag, meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, schlagen Sie eine duale Vorgehensweise vor: Zum einen wollen Sie im Lichte der Reaktorunfalls von Fukushima nicht nur die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) beenden, sondern sprechen sich darüberhinaus auch für deren grundsätzliche Auflösung aus. Zum anderen aber wollen Sie die Forschung im Bereich Erneuerbarer Energien auf europäischer Ebene stärken. Diese antagonistische Betrachtungsweise der Dinge teile ich grundsätzlich nicht.

Die Europäische Atomgemeinschaft gehört zu den drei Vertragsregimen, auf deren Grundlage das verfasste Europa entstanden ist: Sie wurde zeitgleich mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) – der späteren Europäischen Gemeinschaft (EG) – in den Römischen Verträgen von 1957 begründet und besteht seither ohne wesentliche Änderungen fort. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 ging die EG in der Europäischen Union (EU) auf; damit bleibt nur die EURATOM als eigenständige Organisation bestehen, ist jedoch in ihren Strukturen vollständig an die EU angegliedert.

Was sind überhaupt die Aufgaben von EURATOM? Art. 1 des Vertrags führt aus: „Aufgabe der Europäischen Atomgemeinschaft ist es, durch die Schaffung der für die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien erforderlichen Voraussetzungen zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten und zur Entwicklung der Beziehungen mit den anderen Ländern beizutragen“. Heute geschieht dieses insbesondere über die Forschungsaktivitäten. Hierzu hat sich in den letzten Jahrzehnten der gesellschaftliche Konsens in Deutschland tatsächlich verändert, worauf ich später nochmals eingehen werde. Politisch wichtig ist aber, daß die Gründung von EURATOM darüber hinaus stets das Ziel der europäischen Friedenssicherung verfolgte – indem ähnlich wie schon bei der Montanunion durch „Vergemeinschaftung“ der Nukleartechnik eine gegenseitige Kontrolle ermöglicht wird (Art. 2, Abs. f). Diese Zielsetzung in diesem sensiblen Bereich der Hochtechnologie ist bis heute gültig.

Jenseits dieser grundsätzlichen Dimension ist aber vor allem zu beachten, daß die Energiepolitik für alle europäischen Staaten und damit auch für Deutschland vor großen

Herausforderungen steht: Die Sicherheit unserer aller Energieversorgung wird maßgeblich durch zwei Entwicklungen vor völlig **neue Herausforderungen** gestellt:

- Erstens führt der gewaltig steigende Energiebedarf der aufstrebenden Wirtschaftsmächte China und Indien sowie anderer Schwellenländer bei begrenzten Energiereserven und -ressourcen zu einem deutlichen Anstieg des globalen Energieverbrauchs und damit zu einer verschärften Nachfragekonkurrenz auf den internationalen Energiemärkten.
- Zweitens wächst die Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten aus politischen Krisenregionen.

Beide Entwicklungen machen deutlich, dass die Frage der Versorgungssicherheit ein **Anliegen nationaler Sicherheit** nicht nur für Deutschland darstellt. Die außen- und sicherheitspolitische Dimension des Themas wird in anderen Staaten bereits seit geraumer Zeit berücksichtigt. Außerdem ist die Energieversorgung seit 2001 Bestandteil der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union. Wenn man aber diese zentralen strategischen Aspekte der Versorgungssicherheit vernachlässigt, erhält man kein vollständiges Bild des Zusammenhangs, in dem wir EURATOM zu bewerten haben.

Meine Damen und Herren von der LINKEN: Das macht sehr deutlich, daß ihre im Antrag erhobene Forderung nach genereller Auflösung von EURATOM in Europa keine Mehrheit finden würde, da wesentliche Partnerationen wie Frankreich und Großbritannien an Nuklearenergie als strategisch wichtigem Bestandteil ihrer jeweiligen Energieversorgung festhalten. Energiepolitik unter Einbezug von Nuklearenergie bleibt auf europäischer Ebene ein Faktum – auch wenn wir in Deutschland einen anderen Weg gehen wollen.

Ob der zweite Teil ihrer Forderung – also der nach einem einseitigen Austritt Deutschlands – weise überlegt ist, bezweifele ich außerdem. Nicht nur, daß es mutmaßlich rechtlich sehr schwierig wäre, einen solchen Schritt zu vollziehen. Aber angenommen, Deutschland würde austreten, würde es an Einflussmöglichkeiten und Mitspracherechten, bspw. in Bezug auf die Einhaltung von Sicherheitsstandards in Atomkraftwerken, verlieren. Das kann gerade mit Blick auf die in den Nachbarstaaten betriebenen Kernkraftwerke nicht unser Interesse sein. Auch deshalb lehnt die Fraktion von CDU und CSU nicht nur eine allgemeine Auflösung von EURATOM ab, sondern auch einen einseitigen Austritt Deutschlands.

Sehr viel mehr Sympathie habe ich für Ihre Forderung nach Stärkung der Erforschung Erneuerbarer Energien. So geht ein Bericht der EU-Kommission über die **Versorgungssicherheit der EU** von 2005 davon aus, dass die Abhängigkeit der EU von Energieimporten von 50% auf 70% im Jahr 2030 steigt. Bis dahin wird die EU 90% ihres Erdölbedarfs und 70% ihres Erdgasbedarfs importieren müssen. Zugleich wird sich die weltweite Energieförderung auf immer weniger Länder – vor allem in der instabilen Region des erweiterten Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika (MENA) – konzentrieren: 65% aller Erdölreserven und 34% aller Gasreserven finden sich im Persischen Golf. Ein politisch in höchstem Maße krisenanfälliges Land wie der Iran verfügt nach Saudi-Arabien über die weltweit zweitgrößten Erdölvorkommen und nach Russland über die weltweit zweitgrößten Erdgasvorkommen. Diese Abhängigkeiten müssen reduziert werden – und deshalb ist die Förderung erneuerbarer Energien richtig, ja notwendig.

Mit den Beschlüssen zur Energiewende wird die Bundesregierung die **weltweit führende Rolle Deutschlands bei Konzepten und Technologien im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien** nutzen, um die Abhängigkeit unserer Energieversorgung weiter zu reduzieren. Dazu müssen wir alles tun, die technologische Führungsrolle zu verteidigen und auszubauen – hierzu fördern wir national, aber auch europäisch, bereits heute in erheblichen Größenordnungen.

Ob dann die von Ihnen vorgeschlagene Konstruktion einer Europäischen Gemeinschaft für die Förderung erneuerbarer Energien allerdings der richtige Weg ist, wage ich zu bezweifeln. Der historische Trend seit den 1950er Jahren läuft doch gerade genau andersherum: Vergemeinschaftung und Integration anstatt Zersplitterung und Differenzierung. Insofern liegt die Zuständigkeit zur Förderung dieser neuen Energieträger im Kontext des Europäischen Forschungsrahmenprogramms genau richtig: Nämlich bei der Europäischen Kommission. Die Gründung einer neuen Europäischen Gemeinschaft ist demnach institutionell sinnlos, politisch unklug und alles andere als zeitgemäß.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!